

Und es interessiert mich sogar inzwischen, wie in dem zentralen europäischen Serbenfreißblatt, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, deren Haßwortführer dort, deren Grundstock des Hasses, ein fast tagtäglich gegen alles Jugoslawische und Serbische im Stil(?) eines Scharfrichters leitartikelnder („ist zu entfernen“, „ist abzutrennen“, „hat kaltgestellt zu werden“) Reißwolf und Geißermüller – interessiert mich, wie dieser Journalist zu seiner Ausdauer im Wortbeschuß, von seinem deutschen Hochsitz aus, wohl gekommen sein mag. Ich vermochte diesen Mann samt seinem Schaum nie zu verstehen, doch inzwischen drängt es mich dazu: Kann es sein, daß er, daß seine Familie aus Jugoslawien stammt?

Quelle: Handke P. 1997: *Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien*. Frankfurt am Main, 47–50, 57–61, 124–126.

Identitäre Politik als „Krebsgeschwür“ Bosniens

Der 1947 geborene österreichische Diplomat Wolfgang Petritsch gehört zu den profiliertesten Kennern der Lage in Südosteuropa. 1972 schloss er sein Studium mit einer Promotion im Bereich südosteuropäische Geschichte ab. Danach arbeitete er als Pressesprecher und Berater des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky. Seit 1977 ist er im diplomatischen Dienst tätig – unter anderem in Washington und später als österreichischer Botschafter in Belgrad. Als sich 1998 und Anfang 1999 die Kosovo-Krise zuspitzte, war Petritsch als Vermittler der Europäischen Union maßgeblich an den Verhandlungen von Rambouillet beteiligt, die allerdings den Krieg nicht mehr zu verhindern vermochten. Von 1999 bis 2002 war Petritsch Hoher Repräsentant der Staatengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina. Gegenwärtig vertritt er Österreich am Genfer Sitz der Vereinten Nationen. Im folgenden Beitrag aus dem Jahr 2000 beschreibt Petritsch die Probleme in Bosnien und Herzegowina bei der Umsetzung des Vertrags von Dayton. Die Hauptschwierigkeit dabei ist nach wie vor, dass der politische Diskurs entlang nationaler Bruchlinien verläuft. Selbst verhältnismäßig unwichtig erscheinende Fragen wie die Gestaltung von Nummerntafeln für Autos werden zu Fragen der nationalen Identität hochstilisiert, die keinen Kompromiss zulassen, was den politischen Entscheidungsfindungsprozess enorm erschwert.

Bosnien und Herzegowina im fünften Jahr nach Dayton – ein Land mit europäischer Zukunft?

Mit den Beschlüssen des so genannten Friedensimplementierungsrates von Brüssel im Mai 2000 tritt der Einsatz der internationalen Gemeinschaft in eine neue Phase ein, die gekennzeichnet ist von dem Bemühen, die Bevölkerung stärker am Aufbauprozess zu beteiligen, jedoch gleichzeitig eine robuste Vorgangsweise der internationalen Gemeinschaft in ausgesuchten Bereichen vorsieht.

Bevor ich mich jedoch der Beschreibung der in Brüssel verabschiedeten Strategie zuwende, möchte ich kurz einen Überblick über den bisherigen Verlauf des internationalen Engagements geben und die grundlegenden Probleme skizzieren, die Bosnien und Herzegowina auf seinem Weg in europäische Strukturen – noch – behindern.

Das Daytoner Friedensabkommen wurde 1995 nach mühsamen Verhandlungen geschlossen. Es kam unter internationalem Druck zustande, gegen den erklärten Widerstand der Kriegsparteien, und noch heute erleben wir tagtäglich, dass die politischen Klassen der drei Volksgruppen, der Bosniaken, Serben und Kroaten in Bosnien und Herzegowina, ihren ehemaligen nationalistischen Kriegszielen und territorialen

Aspirationen nachhängen. Im fünften Jahr nach der Vertragsunterzeichnung in Paris ist der ideologische Subtext des politischen Diskurses wie auch des konkreten politischen Handelns immer noch durch einen ethnischen Exklusivitätsanspruch der Volksgruppen gekennzeichnet.

Wie äußert sich dies in den drei Gruppen? Die politische Führung der Bosniaken, die ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, leitet daraus den Anspruch ab, das Land zu dominieren.

Fast alle Parteien der bosnischen Serben haben sich noch immer nicht von der Idee einer praktisch souveränen Serbischen Republik oder gar einer möglichen zukünftigen Vereinigung mit Serbien verabschiedet.

Schließlich die Kroaten: Da dominiert weiterhin die HDZ unangefochten die politische Szene unter den bosnischen Kroaten, obwohl sie im Jänner dieses Jahres in Kroatien selbst eine vernichtende Wahlniederlage einstecken musste. Sie hängt weiterhin dem Traum der Vereinigung mit Kroatien nach, obwohl dessen Erfüllung heute noch unwahrscheinlicher ist als vor den kroatischen Wahlen, die eine Abkehr vom territorialen und ethnischen Diskurs in Zagreb erbrachten. Das sollte nicht überraschen, ist doch häufig zu beobachten, dass die politische Peripherie (hier die Herzegowina) auf Ereignisse im (dort als solchem verstandenen) Zentrum vorerst mit Verunsicherung oder Radikalisierung reagiert. Das neue selbstbewusste Zagreb, mit frischer nationaler und internationaler Legitimität ausgestattet, wird in der defensiv gestimmten Herzegowina, wo man sich immer noch im Abwehrkampf sieht, bestenfalls nicht verstanden. Im schlechteren Fall sieht man nur Verräter an der nationalen Sache am Werk. Der Fortschritt in Kroatien selbst wird daher erst längerfristig auch in der traditionell extremistischen Herzegowina wirksam werden.

Die „identitäre Politik“ der Parteien

Das ist die eine Wirklichkeit in Bosnien; die Wirklichkeit, die von den herrschenden nationalistischen Parteien bestimmt wird. Ihre politischen Programme bestehen im Prinzip nur aus einem Punkt: das so genannte „nationale Interesse“ der eigenen Volksgruppe zu verteidigen. Alles, jedes Problem und jede Entscheidung, wird eine Frage dieses „nationalen Interesses“ und der ethnischen Identität.

Dieses Phänomen bezeichnet die Politikwissenschaft als „identitäre Politik“, die unterschiedliche Interessen und Daseinsformen zu Fragen der Identität erklärt. Konflikte werden „unteilbar“, also nicht verhandelbar, und unterscheiden sich damit radikal vom demokratischen Apriori verhandelbarer Gegensätze, die als „teilbare“, das heißt kompromissfähige Konflikte aufgefasst werden.

In den Ländern des ehemaligen Jugoslawien hat die identitäre Politik ihre in Europa bedeutsamste Ausformung seit dem Nationalsozialismus erfahren. Den Konflikten liegt die Ideologisierung gesellschaftlicher Probleme und ihre Aufladung mit ethnisch-nationalistischer Rhetorik von Territorialität und historischer Bestimmung zugrunde.

Der serbische Opfermythos ist allseits bekannt. Bei den Kroaten gibt es die Tendenz, sich missverstanden und generell zu Höherem berufen zu fühlen. Die Bosniaken sind noch dabei, ihre Identität zu finden, aber aufgrund der Kriegsergebnisse und von ihnen jedenfalls wahrgenommener westlicher Vorbehalte gegen den Islam neigen sie ebenfalls dazu, sich ausschließlich in der Opferrolle zu sehen.

Identitäre Politik beruht auf einem historischen Weltbild, einer mehrheitsfähigen Interpretation der Gegenwart, einem geschlossenen Koordinatensystem. In Serbien lässt sich diese Dynamik besonders gut beobachten. Wenn die Vorannahme vom serbischen Opferweg akzeptiert ist, wäre es geradezu widersinnig, die NATO-Operation im Kosovo als eine Folge der Politik von Slobodan Milošević zu interpretieren. Stattdessen wird eine historische Kontinuität konstruiert, in der wieder einmal das serbische Volk ausländischer Aggression zum Opfer gefallen ist.

In Bosnien und Herzegowina ist identitäre Politik nicht in dieser extremen Ausprägung vorhanden, aber trotzdem vorherrschend. Die Folge ist, dass die regierenden Parteien jede noch so einfache politische Routineentscheidung zu einer Frage des „nationalen“, das heißt hier übersetzt „vitalen“ Interesses der jeweiligen Volksgruppe hochstilisieren.

Um ein Beispiel zu geben: Im Augenblick sind wir dabei, einen gesamtstaatlichen Grenzschutz aufzubauen. Die serbischen Volksvertreter sträubten sich dagegen, und am Ende war ich gezwungen, das entsprechende Gesetz selber zu erlassen. Der Grund war, dass die serbischen Abgeordneten den Grenzschutz als Bedrohung der vermeintlichen Unabhängigkeit der Serbischen Republik ansahen. Das heißt, Fragen der wachsenden illegalen Einwanderung oder des illegalen Transits durch Bosnien, des florierenden Schmuggels, der dadurch verlorenen beträchtlichen Zolleinnahmen waren zweitrangig – es ging um das nationalistische Ziel, die Unabhängigkeit der Republika Srpska zu wahren und die Befugnisse des Staates Bosnien und Herzegowina – ohnehin schwach ausgeprägt – weiter auf ein Minimum zu beschränken.

[...]

Ohne Demokratie in Serbien keine Zukunft für Bosnien

Bosnien und Herzegowina ist natürlich nicht isoliert zu sehen. Im Gegenteil, der regionale Kontext ist für den Erfolg unserer Bemühungen von vorrangiger Bedeutung. Wenn es nicht zu einem demokratischen Umschwung in Serbien (und einer wahrhaften Demokratisierung Kroatiens) kommt, wird das Projekt Bosnien und Herzegowina nicht gelingen.

In diesem Zusammenhang darf die Bedeutung einer erfolgreichen Umsetzung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa nicht unterschätzt werden. Er stellt den ersten ernsthaften Versuch der EU dar, aus der Abfolge von Krisen und Kriegen auf dem Balkan auszubrechen und eine vorausschauende und umfassende Antwort zu geben. Seine Schaffung war fast eine logische Folge der davor liegenden Ereignisse. Stand am Anfang des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawien noch eine zerstrittene Europäische Gemeinschaft, die sich von den USA schulmeistern lassen musste, war die EU bei den Versuchen, den Kosovo-Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen, schon ein ziemlich gleichberechtigter Partner. Der Stabilitätspakt schließlich, der von Deutschland während seiner EU-Präsidentschaft initiiert wurde, stellt einen wirklichen Versuch dar, auf die Probleme des Balkans eine europäische Antwort unter sinnvoller Einbeziehung der USA und Russlands zu finden. Zwar bedarf es noch weiterer Konkretisierungen und wirklicher Taten, aber die neue Stabilitäts- und Assoziationspolitik der EU ist in diesem Zusammenhang ermutigend.

Dass die internationale Gemeinschaft so erfolglos nicht ist, dass sich die Mühen der Ebene lohnen, zeigt die Entwicklung in Kroatien, zeigen nicht zuletzt auch die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Bosnien und Herzegowina. Sie zeigen, dass es einen Trend gibt weg von den leeren Versprechungen der herrschenden nationalistischen Parteien, hin zu Parteien, die sich der wirklichen Probleme und Sorgen der Bevölkerung annehmen wollen. In vielen bosniakischen Städten, unter anderem in Sarajevo, hat die Sozialdemokratische Partei die Führung übernommen. In jeder Gemeinde in der Serbischen Republik gibt es jetzt Reformkräfte in den Stadträten. Und bei den bosnischen Kroaten, deren Parteienlandschaft sehr monoton ist, war die Wahlbeteiligung auffallend niedrig, was schwindende Unterstützung für die führende HDZ signalisiert.

Der Preis des Scheiterns unserer Bemühungen wäre hoch: Wir müssen uns bewusst sein, dass Bosnien und Herzegowina das historische und politische Kernland des Balkans ist. Wenn wir hier versagen, könnten die Gesellschaften des Balkans zurückfallen in die Clanstrukturen des 19. Jahrhunderts. Dann wäre das Südosteuropa des 21. Jahrhunderts ein atomisiertes Geflecht von ethnisch reinen Ministaaten oder

Duodezfürstentümern. Das wäre eine katastrophale Entwicklung, die den europäischen Einigungsprozess im Westen in Frage stellen und Europa auseinander reißen könnte. Die Zeichen stehen jedoch gut: Fünf Jahre nach Dayton haben die einfachen (auch von internationalen Kritikern formulierten) Antworten auf die Probleme des Landes keine Konjunktur, die Debatten um eine mögliche Aufteilung Bosniens sind verstummt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Umsetzung des Friedensabkommens trotz aller Probleme und Widerstände machbar ist. Es wird noch lange dauern, bis die identitäre Politik und der Nationalismus in Bosnien und Herzegowina besiegt sein werden, aber ihr Ende ist absehbar. Wenn wir es schaffen, die drei Volksgruppen in Bosnien und Herzegowina miteinander zu versöhnen – indem wir ihnen beim Aufbau einer modernen Wirtschaft, eines funktionierenden Staatswesens und eines unabhängigen Rechtssystems helfen –, ist Ähnliches für den gesamten Balkan möglich. Deshalb muss es uns gelingen, den Frieden in Bosnien und Herzegowina dauerhaft zu sichern.

Quelle: Petritsch W. 2001: *Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton – Hat der Friede eine Chance?* Klagenfurt/Celovec, 213–215, 224 f.

Bewaffneter Kampf für Großalbanien – die AKSh

In den späten neunziger Jahren waren insbesondere unter der albanischen Bevölkerung Kosovos, aber auch in Südserbien und Makedonien ein langsames Abgehen von der weitgehend erfolglosen friedlichen Politik zur Erreichung von mehr Rechten und eine Hinwendung zum bewaffneten Kampf festzustellen.

Die Strategie der Befreiungsarmee Kosovos (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) war höchst erfolgreich: Ihre Anschläge auf die serbische Polizei und die Jugoslawische Volksarmee in der Unruheprovinz sowie die Schaffung von „befreiten Gebieten“ führten zu einer Eskalation der Gewalt, die letztendlich die Nato zum Eingreifen bewegte. Nach kosovarischem Vorbild formierte sich in Makedonien die auf Albanisch ebenso mit UÇK abgekürzte „Nationale Befreiungsarmee“ (Ushtria Çlirimtare Kombëtare), die sich so lange Gefechte mit makedonischen Sicherheitskräften lieferte, bis auf westlichen Druck in Ohrid ein Vertrag unterzeichnet wurde, der den makedonischen Albanern größere Rechte und mehr Mitbestimmung einräumte. Ali Ahmeti, der Anführer der makedonischen UÇK, wechselte in die Politik, und seine Partei trat nach den Wahlen des Jahres 2002 in die makedonische Regierung ein.

Die überwiegende Mehrheit der Kosovo-Albaner wünscht zwar die Unabhängigkeit ihrer Provinz, nicht aber eine Vereinigung mit dem völlig verarmten und krisengeschüttelten Albanien, und auch der Großteil der makedonischen Albaner pocht lediglich auf die Umsetzung des Vertrags von Ohrid. Eine kleine Minderheit gewaltbereiter albanischer Extremisten gibt sich mit den politischen Erfolgen der letzten Jahre nicht zufrieden und formierte eine eigene Guerillaorganisation namens AKSh (Armata Kombëtare Shqiptare, Nationale Albanische Armee), die sich die Schaffung eines Großalbanien auf die Fahnen geschrieben hat. Obwohl ihre Ziele beim Großteil der Albaner auf wenig Gegenliebe stoßen, führen die Aktivitäten der AKSh speziell in Makedonien immer wieder zu Spannungen. Während die Zugeständnisse an die makedonischen Albaner deren Loyalität zum makedonischen Staat merkbar gesteigert haben, ist ein beachtlicher Teil der slawischen Makedonier der Auffassung, dass bereits der Vertrag von Ohrid zu weit geht. In jüngster Zeit heizte dies den Nationalismus unter der makedonischen Bevölkerungsmehrheit weiter an, und es ist fraglich, ob das Land nicht abermals vor einer Eskalation der Gewalt steht.